

Energiewirtschaft

1. Nach Schätzungen des Bundesministers für Wirtschaft und Energie wird der Strombedarf in Deutschland 2030 bei ca. 655 TWh liegen. Das ist im Vergleich zu heute eine Steigerung um knapp 100 TWh und bedeutet, dass wir bis 2030 mindestens 10 TWh jährlich zusätzlich benötigen. Weitere Studien gehen von einem deutlich höheren Strombedarf aus. Die Diskrepanz entsteht meist, weil die Kalkulation, ob und welche Industrien ihre Produktion vollständig mit Strom oder gar mit Wasserstoff bewältigen können. Die SPD setzt sich dafür ein, dass bereits bis 2040 der gesamte verfügbare Strom aus erneuerbaren Quellen kommt – egal, ob wir 655TWh oder gar 875TWh benötigen. Schlussendlich wird der Strombedarf über die Jahre eher steigen, als sinken. Darauf sollte Deutschland vorbereitet sein.
2. Dafür brauchen wir einen ernsthaften und entschlossenen Ausbau der erneuerbaren Energien. Das heißt, dass wir die Digitalisierung der Stromnetze schnellstens vorantreiben müssen. Wir benötigen eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz, den Aufbau von Speichertechnologien, die Unterstützung der Wasserstoffproduktion und ein entsprechendes Transportnetz. Es braucht deutlich mehr Investitionen in klimafreundliche Produktprozesse und die Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Darüber hinaus setzt sich die SPD für verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien, wie Sonne, Wind und Geothermie ein. Das bedeutet auch, dass 10-H Regeln wie in Bayern oder Abstandsregeln wie in NRW, die den Ausbau von Windkraftanlagen massiv einschränken, reformiert werden müssen.

Wie wollen wir das möglich machen?

Alleine kann das keine Kommune, kein Kreis leisten. Deswegen brauchen wir einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit Ausbauzielen für Erneuerbare Energien. Des Weiteren müssen Anreize für ein Umdenken gesetzt werden: Klima- und umweltschädliche Subventionen dürfen nicht weiter fortbestehen. Durch den CO²-Preis soll der Markt zu Modernisierungen (z.B. Luft- und Wärmepumpen) geführt werden und zugleich die Investition in **Wärmesetz** und Quartierentwicklungen mit integrierten Solaranlagen fördern. Während des Umdenkens dürfen die Unternehmen jedoch nicht alleine gelassen werden: Schlüsselindustrien müssen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt werden. Zum Beispiel soll Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien gestaltet werden, um so mit klimaneutralem Stahl, CO²-armen PKW, LKW und Schiffen die CO²-Emissionen deutlich zu reduzieren.

3. Um dies finanziell stemmen zu können, werden wir die EEG-Umlage abschaffen und aus Mehreinnahmen aus der CO²-Bepreisung schöpfen. Vor allem aber müssen wir die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gewinnen, was meiner Meinung nach auch durch schnellere und unbürokratische Bürgerbeteiligungen (z.B. beim Ausbau erneuerbarer Energien) geschehen sollte.

4. Die größte Hürde für den Ausbau erneuerbarer Energien ist die aktuelle Landesregierung von NRW, geführt von Armin Laschet, die kontraproduktiv und ewig gestrig klimafreundliche Ansätze abschmettert und die Industrie eher weniger motiviert, umzudenken. Das ist nicht nur schade, sondern schädlich.

Industrie

1. Überzeugen, motivieren und dann Ärmel hochkrämpfen und loslegen. Gequatscht wurde viel, gehandelt wurde in unserer Region wenig. Wir brauchen, wie zuvor schon erwähnt, den entschlossenen Ausbau der erneuerbaren Energien, so den Aufbau der Wasserstoffproduktion, ein entsprechendes Transportnetz und zielgerichtete Investitionen in klimafreundliche Produktprozesse insgesamt. Darüber hinaus bedarf es Speichertechnologien, um die Energieeffizienz zu steigern. Noch immer verlieren wir bei der Produktion, dem Transport und der Verwendung von Strom oder Wasserstoff Energie. Das muss sich ändern. Dafür braucht es auch unbürokratische staatliche Investitionen in Forschungsprogramme.

Doch was bringt dies, wenn heimische Firmen aufgrund des Drucks ihre Produktion in Staaten verlagern, die eine weniger konkrete Umweltpolitik verfolgen? Das bedeutet, dass wir den Abgang und die Verlagerung von Emissionen ins Ausland unattraktiv machen müssen, aber auch gleichzeitig den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse durch direkte Investitionsförderungen staatlich unterstützen, um z.B. höhere Kosten von umweltfreundlichen Technologien auszugleichen. In meiner Region ist es besonders wichtig Schlüsselindustrien durch Wasserstoff zu dekarbonisieren. Dafür befinde ich mich bereits in Gesprächen mit örtlichen Firmen, um einen realistischen Weg dafür zu finden.

2. Wir werden die EEG-Umlage abschaffen und den CO²-Preis sukzessive erhöhen. Außerdem werden wir die Fördertöpfe leichter und damit unbürokratischer zugänglich machen. Hier muss die Politik großzügiger sein, weil es sich lohnt. Und dafür setze ich mich wirklich gerne ein.
3. Deutschland als Industriestandort attraktiv zu halten ist eine große Hürde die man bewältigen kann, indem man Industriestrompreis wettbewerbsfähig gestaltet, hohe Kosten von klimaschonenden Technologien durch staatliche Subventionen ausgleicht und einen Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schafft.

Verkehr

Wenn ich mit meinem Fahrrad durch meine Region fahre, dann merke ich, dass sich einiges im Vergleich zu meiner Kindheit gewandelt hat: Es gibt mehr Radwege, mehr

Kontakt: info@aaronspielmanns.de

Menschen, die nach Köln mit dem Rad pendeln oder mehr E-Autos auf den Straßen. Es gibt aber immer noch einen ausbaufähigen ÖPNV: Wenn ich für 20km mehr als anderthalb Stunden mit den Bussen brauche, dann stimmt etwas nicht.

1. Deshalb soll jede:r Bürger:in einen wohnortnahen Anschluss an den ÖPNV bekommen und gleichzeitig ein erschwingliches Angebot zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs: Geht es nach uns, dann sollte jeder Mensch maximal 1€ pro Tag dafür zahlen. Bahn- und Busfahren muss einfach günstiger als das eigene Auto oder der europaweite Flug sein. Dafür müssen Investitionen in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, des Lärmschutzes und der Attraktivitätssteigerung und den Ausbau von Bahnhöfen fließen. Bereits bis 2030 setzt sich die SPD das Ziel, 75% aller Schienennetze und durch Austauschprogramme alle Busflotten zu elektrifizieren, um das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas zu schaffen. Und ganz nebenbei: Das Straßenverkehrsrecht muss geändert werden, damit die Kommunen mehr Flächen für Fahrräder, ÖPNV und Fußgänger:innen schaffen können.
2. Dieses Vorhaben soll aus dem Bundeshaushalt und durch eine ohnehin dringend benötigte Steuerreform finanziert werden, die finanziell starke Unternehmen, vermögende Privatpersonen und Familien gerecht belasten soll.
3. Die größten Feinde eines schnellen Strecken- und Netzeausbaus sind die ermüdenden Planverfahren. Sie lähmen uns, unsere Zukunft und die unserer Kinder. Deshalb müssen wir sie verkürzen, verschlanken und effizienter gestalten.

Gebäudebereich

Ich habe letztens mit einem örtlichen Produzenten von Wärmepumpen gesprochen. Ich war begeistert von der Technik und gleichzeitig schockiert, dass sie eine solch geringe Rolle einnimmt.

1. Bis 2030 soll sich das ändern: 5 Millionen Häuser sollen dann mit Wärmepumpen ausgestattet sein. Unisolierte Häuser müssen isoliert werden, damit weniger Energie verschwendet wird. Wie schaffen wir das? Indem wir den CO²-Preis zu 100% von den Vermieter:innen tragen lassen und Förderprogramme zum Heizungstausch aufbauen. Damit schaffen wir Anreize, dass sie ihre Immobilien energieeffizienter gestalten. Dazu gehört auch integrierte Photovoltaik in den Gebäudehüllen.
2. Wir werden die EEG-Umlage abschaffen und den CO²-Preis sukzessive erhöhen. Außerdem werden wir die Fördertöpfe leichter und damit unbürokratischer zugänglich machen.

Kontakt: info@aaronspielmanns.de

3. Die größte Hürde ist die Beantragung von Fördergeldern und der bürokratische Aufwand, der damit verbunden ist. Das sollte geändert werden: Förderprogramme müssen transparenter und zugänglicher werden.

Landwirtschaft

1. Die Agrarförderung wollen wir so ausrichten, dass umweltschonende Landwirtschaft wettbewerbsfähig ist. Denn wir wollen eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle ermöglichen, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an Umwelt- und Tierwohlkriterien gebunden ist. Wir werden den Handel mit nachhaltigen Gütern und kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft besonders fördern und den Einsatz von Dünger und Pestiziden deutlich verringern. Wir brauchen unsere Wälder. Verstehen tun das viele, aber gehandelt wird lediglich mit Bremspedal. Und da spreche ich speziell von dem Rhein-Erft-Kreis, also meinem Wahlkreis. Schon längst hatte ich mir gewünscht, dass mein Gegenkandidat der CDU, der den Wahlkreis zuletzt gewann, sich für den Rhein-Erft-Kreis einsetzt. Leider vergeblich. Deswegen will ich unsere Ökosysteme schützen und die Biodiversität politisch stärken.
2. Die rechtlichen und finanzpolitischen Bedingungen habe ich unter den anderen Punkten bereits angesprochen und möchte an dieser Stelle auch auf das Zukunftsprogramm der SPD verweisen, da ich in rechtlichen Fragen der politischen Einschätzung der Partei folge, weil mir diesbezüglich, vermutlich verständlicher Weise, der juristische Hintergrund fehlt.
3. Genau, wie bereits beim Thema „Verkehr“ werden wir das Vorhaben aus dem Bundeshaushalt und durch eine durchdachte Steuerreform finanziert werden, die finanziell starke Unternehmen, vermögende Privatpersonen und Familien gerecht belasten soll.
4. Deutschland braucht leistungsstarke Kohlenstoffsinken, daher ist der Erhalt der Moore und Wälder von hoher Bedeutung. Zeitgleich braucht Deutschland mehr landwirtschaftliche Nutzflächen. Hierbei muss klug abgestimmt werden, ob und wenn ja, wo welche Flächen umgenutzt werden könnten. Der Dialog mit den Menschen vor Ort ist dafür unabdingbar, weil wir sonst keine Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen. Ich glaube, dass gerade dieser, bisher selten bis gar nicht geführte Dialog die wichtigste Aufgabe ist.